

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Echtblatt und Anzeiger).

Verlag:
Riesner Verlag,
Bismarckstr. 20,
Wien.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Landesverwaltung,
des Finanzamtes, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Wien, des Rates der Stadt Wien,
des Finanzamtes Wien und des Hauptkollektors Wien bestellbar.

Postfach
Wien 1000,
Einsparung:
Wien Nr. 22.

Nr. 54.

Freitag, 4. März 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 3,14 einchl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Roh- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachlieferung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe ist nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 20 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; jeitragende und tabellarischer Satz 20%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Ringe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Bestellungen: Wien, Kärntner Ring 20, 1. Stock, im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsstellen — hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Wien; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Wien.

Das französische Vorgehen um Oesterreich.

Der neue, sehr ernst gemeinte Vorstoß des französischen Ministerpräsidenten Lardieu, der die schwierige Lage Oesterreichs zur Herbeiführung einer Wirtschaftsentente der österrösischen Nachfolgestaaten auszunutzen will, hat selbstverständlich auch in Berlin stärkste Beachtung gefunden. Es ist im Augenblick noch nicht abzusehen, inwieweit Italien und England das französische Vorgehen gutheißen. Man wird ein völliges Einverständnis der Londoner und römischen Kreise mit den letzten Hintergründen der französischen Politik nur schwer voraussagen können. Und aus England kommen auch bereits Stimmen, die sich gegen jede politische Ausnutzung der österrösischen Finanzlage wenden. Auf der anderen Seite ist man sich aber auch in Berliner politischen Kreisen darüber klar, daß man vor allem in England das österrösische Problem, wie überhaupt das Problem der Nachfolgestaaten aus dem Gesichtswinkel einer nächsten Realpolitik betrachtet. Die englischen Banken sind in Ungarn und Oesterreich stark engagiert. Sie haben ein Interesse an einem Aufstauen ihrer eingetragenen Kredite und an einer Normalisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Donauraum. Aus diesem Grunde stehen sie bis zu einem gewissen Grade dem französischen Sanierungsplan nicht unsumpatisch gegenüber, sofern er ihnen die Möglichkeit einer Bereinigung und Sicherung der eigenen Interessen gewährt. Die Stellungnahme der deutschen Regierung wird sich unter diesen Umständen keinesfalls auf eine bloße Protektion beschränken können. Schon die Erklärung, die am Donnerstag von dem deutschen Botschaften in Wien abgegeben wurde, beweist klar die Absicht der deutschen Regierung, sich in die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn auf der einen und Frankreich, Italien, England und der Kleinen Entente auf der anderen Seite einzuschalten. Nach unseren Informationen ist bereits am Freitag ein Schritt Deutschlands in dieser Richtung zu erwarten. Die deutsche Regierung wird sich dabei auf die Empfehlung stützen, die bei der Erörterung des österrösischen Schicksals um eine Finanzhilfe in Genf ausgesprochen wurde und die Oesterreich und Ungarn nicht nur ein Wirtschaftsbündnis mit den Nachfolgestaaten, sondern auch mit den Nachbarn, d. h. auch mit Deutschland nahelegt. Wie wir hören, wird die deutsche Regierung die Gebiete genau prüfen, auf denen sich Deutschland an einer Annahme österrösischer Exportgegenstände beteiligen kann. Die Voraussetzung dafür ist, daß die meistbenutzten Staaten in diesem Falle auf ihre Einspruchsrechte verzichten und grundsätzlich einer Wirtshilfe Deutschlands an dem Sanierungswert zustimmen. Die Aufnahme der deutschen Vorschläge dürfte sehr bald zeigen, ob die von Lardieu angeführte Ausrichtung politischer Gesichtspunkte ernsthaft gemeint war oder ob man es nur mit einem erneuten Versuch der französischen Regierung zu tun hat, noch vor der Lösung des Reparations- und Kriegsschuldenproblems eine Donau-Konföderation unter französischer Flagge durchzuführen. Wegen eines solchen Versuches müßte sich selbstverständlich Deutschland mit allen Kräften wehren.

Lardieus Plan eines wirtschaftlichen Donaublocks unter Ausschluß Deutschlands.

* Genf. Ueber die Verhandlungen, die Lardieu in den letzten Tagen mit den Vertretern der Kleinen Entente, Oesterreich und Ungarn über eine engere wirtschaftliche Verbindung der Donauraumstaaten geführt hat, wird sehr bekannt, daß bereits in den letzten Monaten der österrösischen Regierung von französischer Seite wiederholt um einen Donaublock gebittet worden ist, eine finanzielle Hilfe Frankreichs sowie für Oesterreich nur in Frage kommen, wenn in absehbarer Zeit eine engere wirtschaftliche Verbindung zwischen Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslowakei zustande gekommen sei. Gleichzeitige Erklärungen sollen von französischer Seite der ungarischen Regierung gegeben worden sein. Die französischen Wünsche gehen dahin, daß zunächst zwischen Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslowakei Vereinbarungen auf der Grundlage von Vorzugsbilden hergestellt werden sollen, die den ersten Schritt für einen weiteren wirtschaftlichen Zusammenschluß dieses Blockes mit den übrigen Mächten der Kleinen Entente und mit Polen bilden soll. Lardieu hat, wie weiter mitgeteilt wird, in Genf in diesem Sinne eingehende Besprechungen mit dem italienischen Außenminister Grandi, dem englischen Außenminister Simon und dem tschechoslowakischen Außenminister Bencsik geführt, um sich die Unterstützung der englischen und italienischen Regierung für diese Pläne zu sichern. Nach den französischen Plänen ist ausdrücklich eine Beteiligung Deutschlands an dem wirtschaftlichen Zusammenschluß dieser Staaten ausgeschlossen. Ebenso ist nicht bekannt geworden, daß Lardieu etwa auch mit Vertretern der deutschen Regierung darüber gesprochen hat. Dagegen soll ausgerechnet von tschechoslowakischer Seite davon hingewiesen worden sein, daß eine wirtschaftliche Verbindung der Tschechoslowakei mit den Donauraumstaaten ohne Beteiligung Deutschlands nicht denkbar wäre, da die Tschechoslowakei auf den verschiedensten Gebieten gemeinsame wirtschaftliche Interessen mit Deutschland habe.

Es ist zu erwarten, daß diese Verhandlungen, die von französischer Seite mit großem Nachdruck geführt werden, in nächster Zeit fortgesetzt werden.

Der Hindenburgausbruch vor der Presse.

Hindenburgs Passionsweg.

*) Berlin. Auf einem Presseempfang er vereinigten Hindenburgausbrüche führte der Vorsitzende des Arbeitsausschusses, Landrat a. D. Dr. Gerete-Prefel, W. d. R. u. a. aus: Die vereinigten Hindenburgausbrüche haben dem Reichspräsidenten von Hindenburg gelobt, daß sie den Wahlkampf so führen werden, wie es dem hohen Amt und der Persönlichkeit eines Hindenburg entspricht: ritterlich und sachlich.

Auf der anderen Seite hat aber der Wahlkampf Formen angenommen, die aus vaterländischen Gründen tief zu bedauern sind. Weder der Reichspräsident noch der Hindenburgausbruch betrachten die ernste Kandidatur des Reichspräsidenten als eine Partisanenangelegenheit. In den vereinigten Hindenburgausbrüchen und in dem Arbeitsausschuß sind eine große Reihe von Parteien, Bündnissen und Organisationen vertreten, die heute genau so für Hindenburg eintreten, wie sie es bereits 1925 getan haben.

Ein Mann, der mehr als ein Menschenalter hindurch nur seinem Volk und Vaterland gedient hat, der als Sieger von Tannenberg in der Geschichte steht, der das unbesiegbare Deut-

in die Heimat zurückführte, der 1925 das schwerste Amt in Deutschland auf sich nahm, der nun zum mindesten verlangen können, daß jeder Deutsche, der noch einen Funken Ehrgefühl und Treue in sich trägt, die Größe seines letzten Schrittes zu würdigen weiß: Hindenburg wollte lieber den Passionsweg persönlicher Angriffe gegen sich gehen und die Gerächelung seines Namens in Kauf nehmen, als daß er Deutschland lebenden Auges den Passionsweg des Bürgerkrieges beschreiten ließ.

Man macht Hindenburg den Vorwurf, er diene dem System. Mit dem System ist es so eine eigene Sache. Der deutsch-nationale Abgeordnete Dr. Everling hat nach Hindenburg selbstverständlich verpflichtet sei, entsprechend der Weimarer Verfassung zu handeln. Denselben Eid hat jetzt der Preußenschaftsländerrat Adolf Hüller als braunschweigischer Regierungsrat geleistet.

Es sprach weiter General v. n. Winterfeldt, der im Krieg als Vertreter der Obersten Seeresleitung beim Reichsfiskus dem Generalfeldmarschall dienlich und menschlich näher getreten ist. Er sagte: Wenn man Hindenburg als den Verkörperer eines Systems beschreiben will, so ist es das System der unerschütterlichen Pflichterfüllung bis zum letzten Atemzug, des Dienens an Volk und Vaterland.

Abbruch der Verhandlungen in Shanghai?

Auffeuernde Mitteilung Dr. Dens.

*) Genf. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung der Vollversammlung des Völkerbundes begann der chinesische Vertreter Dens seine Ausführungen mit der auffeuernden Mitteilung, daß die Waffenstillstandsverhandlungen in Shanghai abgebrochen worden seien.

Die Versammlung wählte mit 45 von 47 Stimmen den belgischen Außenminister Gynmans zum Präsidenten, Gynmans war bereits Präsident der ersten Völkerbundversammlung im Jahre 1920.

Nach Einlegung des Ausschusses zur Prüfung der Vollversammlung sprach Paul Boncour in mehr als einständiger Rede über das bisherige Verhalten im Völkerbundsrat. Er erwähnte einleitend, daß es sich um die zweite außerordentliche Völkerbundversammlung handele. Die erste sei erfüllt gewesen von der Zuversicht, auf den Eintritt eines europäischen Großkrieges. Es seien damals Schwierigkeiten aufgetreten; aber schließlich sei die Mitarbeit dieses Landes doch für den Völkerbund gesichert worden, eine Mitarbeit, die deshalb besonders wertvoll sei, weil nur auf dem Boden des internationalen Rechts und unter der Regide des Völkerbundes die großen Konflikte gelöst werden könnten. Nach dieser Auspielung auf die Rolle Deutschlands im Völkerbund erklärte Paul Boncour sehr ausführlich, wenn auch mit Ueberezeugung gewisser bester Umstände, die Entwicklung des völkerrechtlichen Konfliktes und des Verfahrens im Völkerbund. Er nahm indirekt sehr entschieden gegen Japan Stellung, indem er von der Notwendigkeit der Anwendung der Beiträge unter voller Berücksichtigung der besonderen Umstände, von Mangel an internationaler Weisheit, von Meinungen zwischen dem Appell des Völkerbundes und dem Vörm der Waffen und schließlich von Erklärungen sprach, die durch die Tatsachen demontiert worden seien. Paul Boncour ging dann auf die in Shanghai im Gange befindliche Vermittlungsaktion ein. Die Umstände für eine Beendigung des Streites seien als günstig anzusehen. Er schloß mit einem Appell an die Völkerbundversammlung und wies darauf hin, daß die öffentliche Meinung der ganzen Welt mit großer Spannung auf die Bundesversammlung blicke.

Schwere chinesische Anklagen gegen Japan.

* Genf. Der chinesische Gesandte Dens hielt in der außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes am Donnerstag eine 1 1/2 stündige Anklagerede, in der er die schwersten Vorwürfe gegen die japanische Regierung erhob und die gesamte Verantwortung für die Ereignisse im Fernen Osten der japanischen Regierung zuschob. Der Vertreter Chinas gelangte in seiner Rede zu folgenden Feststellungen:

1. Die Haltung Japans in den letzten Monaten ist eine ununterbrochene Herausforderung des Völkerbundes. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß der Völkerbundvertrag, insbesondere die in Art. 10 erwähnten gegenseitigen territorialen Garantien von Japan verletzt seien.
2. Japan weigert sich, den Konflikt einer schiedsgerichtlichen Regelung zu unterbreiten.
3. Japan hat den Kellogg-Pakt und den Neunmächtevertrag gebrochen. In dem Augenblick, wo die Vollversammlung des Völkerbundes zusammentritt, sind Gebiete von der Größe Deutschlands und Frankreichs zusammen mit Waffengewalt besetzt, sind ungezählte Städte bombardiert, sind 7000 Zivilpersonen den Bombenartillerien zum Opfer gefallen.

Der chinesische Gesandte Dens richtete darauf an die Vollversammlung des Völkerbundes folgende vier Forderungen:

1. Die außerordentliche Vollversammlung muß unverzüglich alle Möglichkeiten einer Regelung des Konfliktes erschöpfen.
2. Die Völkerbundversammlung muß Einstellung der Feindseligkeiten und Zurückziehung der japanischen Truppen herbeiführen.
3. Der Völkerbundsrat muß feststellen, daß Japan den Völkerbundspakt gebrochen hat.
4. Die Völkerbundversammlung hat feierlich zu erklären, daß China in keiner Weise für die grauenhaften Folgen der Lage in Shanghai und im Mandchurengbiet verantwortlich ist.

Japans Verteidigung vor der Völkerbundversammlung.

* Genf. Der Londoner japanische Botschafter Radinbeira beantwortete in der Vollversammlung des Völkerbundes in der Donnerstagsabend-Sitzung die große Anklage des chinesischen Gesandten Dens.

Er begann mit der Mitteilung, daß das japanische Oberkommando die Einstellung der Feindseligkeiten zu 14 Uhr (Shanghai Zeit) angeordnet habe. Er entwickelte in einer einständigen Rede die japanische Politik im Fernen Osten und behandelte die Ursprünge des gegenwärtigen Konfliktes mit China, die bereits in den revolutionären Ereignissen des Jahres 1911 lagen. In den letzten Jahren wären in China ununterbrochen die verschiedensten Militär-diktaturen aufgestellt worden, die sich gegenseitig sehr hart bekämpften. Der chinesische Nationalismus sei schließlich in eine ausgesprochene Fremdenfeindschaft ausgeartet, die sich hauptsächlich gegen Japan richtete und zu einem organisierten Boykott und einer heftigen Propaganda gegen Japan geführt habe. Der Botschafter stellte sodann die letzten Ereignisse im Fernen Osten als die unvermeidlichen Folgen einer japanischen Bewegung des chinesischen Volkes dar.

Der japanische Botschafter machte sodann die Mitteilung, daß trotz des ergebnislosen Verlaufes der bisherigen Waffenstillstandsverhandlungen eine neue Begegnung zwischen der japanischen und chinesischen Truppenleitung für Freitag vormittag vorgezogen sei und gab sodann die bereits veröffentlichten Waffenstillstandsbedingungen des japanischen Oberkommandos bekannt. Die japanische Regierung habe nicht die Absicht, die gegenwärtige Lage im Sinne politischer oder territorialer Ziele in Shanghai anzunehmen. Die japanische Regierung lehne es aber ab, die manövrierfähige Frage der Vollversammlung des Völkerbundes zur Verhandlung zu stellen. Die japanische Politik in der Mandchurei sei in der Erklärung des japanischen Außenministers Fuchikawa vom 21. Januar niedergelegt. Die Mandchurei sei der Schlüssel für die Lage im Fernen Osten. Japan habe demnach weitgehende Interessen in der Mandchurei, daß es unmöglich auf eine Aufgabe dieses Gebietes verzichten könne. Die japanische Regierung verfolge keine territorialen Ziele in der Mandchurei und werde sich auch weiter an den Grundgedanken der offenen Tür halten. Es sei deshalb nicht weise, in den Völkerbundsverhandlungen die Ausprache über diese Frage zu eröffnen, da hierdurch nur neue Vermirrungen und Gefahren entstehen könnten.

Der japanische Botschafter schloß mit der Betonerung, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten zwischen Japan und China zweifellos in kurzer Frist freundschaftlich geregelt werden könnten.